

Zeitschrift: Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik
Herausgeber: Widerspruch
Band: 31 (2011)
Heft: 60

Artikel: Sans-Papiers und Betreuungsnotstand : Migration aus der Optik der Care-Ökonomie
Autor: Lanz, Anni
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-651842>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 27.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Sans-Papiers und Betreuungsnotstand

Migration aus der Optik der Care-Ökonomie

Ein Sans-Papiers aus einem westafrikanischen Land erzählte mir kürzlich, dass die Verwandten wie Pilze aus dem Boden schießen, wenn man Geld nach Hause schickt. Da tauchen unzählige Tanten und Neffen auf, welche finanzielle Unterstützung für medizinische Leistungen oder Ausbildung einfordern. „Gelingt dir das nicht und kommst du mit leeren Händen nach Hause, hast du kein familiäres Netz mehr, auf das du als heimkehrender Migrant so dringend angewiesen wärst. Denn da ist kein Sozialstaat, keine öffentliche Hand, welche Dir vorerst über die Runden hilft.“ Eine Lösung aus engen familiären Bindungen kann sich nur leisten, wer einkommens- und vermögensmässig oder sozialstaatlich abgesichert ist.

Je genauer wir Migration analysieren, desto brisanter wird ihre care-ökonomische Seite – und dies nicht nur im Aufnahmeland, sondern auch im Herkunftsland. Die wirtschaftliche Logik der Care-Arbeit ist nicht auf Profitmaximierung, sondern auf das Wohlbefinden von anderen Menschen ausgerichtet. Diese Logik bestimmt auch das Handeln der meisten MigrantInnen aus ärmeren Ländern und aus benachteiligten Schichten. Sie emigrieren, um ihren Angehörigen Schulbildung, Gesundheitspflege und weitere Mittel für ein menschenwürdiges Leben zu ermöglichen. Sie erwirtschaften unter schwierigsten Bedingungen die Sozialleistungen, die der Herkunftsstaat, oft unter dem Spardiktat des Weltwährungsfonds, nicht (mehr) erbringt. Die Zurückgebliebenen übernehmen die Betreuung und medizinische Versorgung der betagten Angehörigen sowie der daheim gebliebenen Kinder und investieren einen Teil der Geldüberweisungen in sichere Güter (Ausbildung, Landerwerb, Hausbau, landwirtschaftliche und kleinbetriebliche Produktionsmittel) mit dem Ziel, die Existenzgrundlage des familiären Netzes längerfristig zu sichern.

Wären die familiären Verpflichtungen der MigrantInnen aus armen Verhältnissen nicht so bindend und stünden bloss individuelle Eigeninteressen im Vordergrund, würden sie nicht ihre sämtlichen Ersparnisse laufend an ihre Angehörigen überweisen. Sie würden ihr Einkommen selber ausgeben oder auf einem Bankkonto ansammeln. Ein solches Verhalten habe ich bei Sans-Papiers kaum je beobachtet. Es kommt eher bei MigrantInnen aus wohlhabenden Schichten oder bei langanwesenden vor, deren Familienbeziehungen ins Herkunftsland an Bedeutung verloren haben. Der Unterschied der Migration von Armen zu derjenigen der Wohlhabenden lässt sich an der Bedeutung von care-ökonomischen Leistungen und Bindungen ablesen.

Betrachten wir Migration aus der care-ökonomischen Optik, eröffnen sich bisher kaum wahrgenommene Wirtschaftsstrukturen: Hinter fast jedem

Migranten und jeder MigrantIn aus ärmeren Verhältnissen stehen meistens mehrere Personen, die von den Lohnüberweisungen für ihre Grundbedürfnisse abhängen. Schätzt man heute die MigrantInnen auf rund 3 Prozent der Weltbevölkerung, so muss man diese Zahl vervielfachen, um einen Eindruck zu gewinnen, wieviele Menschen in die Arbeitsemigration weltweit involviert sind. Sichtbar wird dadurch eine globale Vernetzungsstruktur care-ökonomischer Bindungen (vgl. Safri und Graham 2010).

Abhängig von persönlichen Dienstleistungen

Care-ökonomische Verhältnisse beruhen meistens auf Abhängigkeitsverhältnissen zwischen den Erbringenden und Empfangenden von Care-Leistungen – ein funktionaler Blindfleck im Menschenbild des Homo oeconomicus der klassischen und neoklassischen Wirtschaftstheorie. Interpersonelle Abhängigkeiten stehen in dieser Theorie disfunktional der Eigenverantwortung entgegen, als käme ein Mensch als autonomes Subjekt auf die Welt und würde dies bis zu seinem Lebensende bleiben. Abhängigkeiten verbannt diese Theorie in den ökonomisch irrelevanten Privatbereich – in den Arbeitsbereich der Frauen (vgl. Jöchimsen 2003 sowie Madörin 2005 u. 2010a).

Hausarbeit zählt nicht als Arbeit. Über Hausangestellte spricht frau nicht – erst recht nicht über irreguläre Lohnarbeit im Haushalt umfasst weit mehr als Lohnabhängigkeit. Es ist ein intimes, interpersonelles Verhältnis in der Privatsphäre, das Servilität impliziert – selbst dann noch, wenn es um ein sachlich geregeltes Arbeitsverhältnis geht. Die Hausangestellte hat Einblick in Lebensbereiche, die nach aussen hin sorgfältig abgeschirmt werden. Je mehr sie in die Betreuungsarbeit von Kindern, Betagten und Kranken involviert ist, desto stärker wird die interpersonelle Abhängigkeit, die keineswegs nur einseitig, aber dennoch hierarchisch ist.

Eine von Westschweizer Feministinnen 2003 lancierte Kampagne zu irregulären Hausangestellten ist heute vergessen. Ist die Beschäftigung von Sans-Papiers im Haushalt zu verurteilen? Dies fragten sich damals die Feministinnen Alda De Giorgi und Sylvie Bonnard. Gibt es eine feministische Solidarität zwischen einheimischen Frauen und ausländischen Hausangestellten? Wie lässt sich die von der internationalen Arbeitsteilung hervorgerufene Spaltung unter Frauen überbrücken? Die beiden Frauen bekräftigten ihre Position, um der Frauensolidarität willen nur für eine Regularisierung zu kämpfen, nicht aber Sans-Papiers im Haushalt zu beschäftigen. Für die Dominierten sei es schwierig, sich zusammen mit den Dominierenden zu befreien, vor allem wenn sie den Alltag teilen (Olympe 2004). Haushaltshilfen werden jedoch nicht nur von Personen angestellt, die sich eine solche finanziell problemlos leisten können. Wie mittellose Personen zu den persönlichen Dienstleistungen gelangen, die für ihr Wohlbefinden unverzichtbar sind, ist jedoch eine Frage, die zunehmend an Relevanz gewinnt.

Aufgrund der demographischen Veränderungen haben viele Haushalte und die Hausarbeit heute eine andere Struktur. Die Babyboomer der Nachkriegsjahre sind älter geworden und haben wenig Nachwuchs. In den Südländern fand der Babyboom rund 20 Jahre später statt. Im Westen nimmt der Anteil der Bevölkerung im Pensionierungsalter markant zu, der in 20 Jahren häufig intensive Betreuung benötigen wird. Fast alle Gesellschaften altern schneller, als bis vor kurzem angenommen (Longmann, 2010). Hausfrauen betreuen nicht mehr nur Kinder, sondern auch betagte Eltern, denn das Geburtsalter der Frauen ist stark angestiegen. Immer öfter bestehen Haushalte ohnehin aus betagten Personen, die Hilfe bei der Bewältigung des Alltags brauchen und selbst betagte Angehörige betreuen. Es fehlen die jungen Nachkommen, welche die Betreuungsarbeit für sie übernehmen, die die alltäglichen Verrichtungen, wie das Einkaufen, Kochen, die Begleitung auf Spaziergängen und Arztbesuchen, erbringen. Nicht nur bei der Pflege und Pflegequalität zeichnet sich ein Notstand ab, sondern auch bei der Betreuung.

Auf diese Entwicklung sind wir – und der Sozialstaat – schlecht vorbereitet. Die Betreuungsarbeit zu Hause wird von der Krankenversicherung nicht bezahlt. Entschädigt wird teilweise die Pflegearbeit – am umfassendsten in den Akutspitälern. Die relativ hohe Kostenübernahme der stationären Behandlung in den Spitälern durch den Staat und die Krankenversicherungen, deren neue Finanzierungs- und Abrechnungsmodelle sowie zunehmende (Teil-) Privatisierungen haben dazu geführt, dass Pflegeaufwand und Behandlungsdauer massiv verkürzt werden (Gobet und Spöndlin 2002 / AGGP 2004 / AGGP 2011). Dadurch werden die Kosten in den ambulanten Bereich und in die Privathaushalte verschoben.

Die Betreuung und Pflege von Kranken und Betagten zu Hause wird von der öffentlichen Hand und von den Versicherungen kaum mitgetragen: 75 Prozent dieser Kosten müssen heute durch die Haushalte getragen werden. Rund 70 Prozent der unbezahlten Pflege- und Betreuungskosten werden von Frauen erbracht, vor allem von den über 50-Jährigen (Madörin, 2010b). Kommt hinzu, dass nun rund 30 Prozent der Gesundheitsfachleute selbst ins Rentenalter kommen und ersetzt werden müssen (Obsan fact sheet, 2009). Die zu leistende Betreuungsarbeit, die auf die Privathaushalte zukommt, ist – zumindest bis die Babyboomer gestorben sind – immens. Ohne die entsprechenden Dienstleistungen von Zuwandernden sind die Schweiz und ganz Europa dieser Aufgabe nicht gewachsen.

Legalisierungsaktionen für Pflege- und Betreuungshilfen

Die Unionsfraktion im Deutschen Bundestag plant seit diesem Frühjahr, die Beschäftigung von Pflegehilfen aus Nicht-EU-Staaten zu legalisieren. Angehörige von Pflegebedürftigen sollen sie zu einem Mindestlohn von

800 Euro legal anstellen können. Auch in Österreich ist man dem Pflege- und Betreuungsnotstand seit 2007 auf diese Art begegnet (Migration-Info Mai 2011).

Die Eidgenössische Kommission für Migrationfragen hat im Dezember 2010 eine von der Uni Neuenburg verfasste Studie zu Sans-Papiers in der Schweiz herausgegeben. Angesichts der Polarisierung in der Migrationspolitik plädiert sie für pragmatischere Lösungsversuche, die sich vom Anspruch einer lückenlosen Einwanderungskontrolle verabschieden. Die Studie stellt eine zunehmende Beschäftigung von Sans-Papiers in der Hauswirtschaft und im Carebereich fest. „Die Reduzierung der staatlichen Leistungen ... sowie die Erwerbstätigkeit der Eltern führen zusätzlich zu einer spezifischen Nachfrage nach sozial und emotional kompetenten Frauen, die bereit sind, anspruchsvolle Tätigkeiten im Versorgungsbereich zu übernehmen, die sonst unerschwinglich wären“ (Eijonay-Mäder/Schönenberger/Steiner 2010, 59).

Die Schweiz, die ihrerseits viel Betreuungs- und Pflegepersonal aus Deutschland abzieht und so eine Kettenmigration auslöst, steht ebenfalls vor einem Rekrutierungsproblem. „Asiatinnen sollen kranke und alte Schweizer pflegen“, schreibt der Tages-Anzeiger (26. Juni 2010) zum bürgerlichen „Workshop Runder Tisch Migrationspolitik 2020 bis 2030“ unter der Leitung von Doris Fiala: In fünf bis zehn Jahren fehlten der Schweiz rund 100'000 Arbeitskräfte im Gesundheitswesen; die sollen nun mit einer flexiblen Einwanderungspolitik „aus den verschiedenen Ecken der Welt geholt werden“. Auf diese Weise will man die Verknappung von persönlichen Dienstleistungen, die mit der Umstrukturierung des Gesundheitswesens beschleunigt wird, auffangen.

Ist die Anwerbung von aussereuropäischen PflegerInnen und BetreuerInnen die Antwort auf die Frage, wie die Schweiz künftig die Arbeit für das Wohlbefinden ihrer BürgerInnen organisiert? Mit den Einsparungen bei Ausbildungskosten und Löhnen dieser Arbeitskräfte könnten, so das Kalkül, die Ausgaben gehalten werden, ohne die bisherigen wirtschaftlichen Strukturen ändern zu müssen. Damit auch mittellose Personen für die von ihnen benötigten persönlichen Dienstleistungen aufkommen können, ohne die Dienstleisterinnen unterbezahlen zu müssen, ist diese Arbeit vom Staat zu vergünstigen respektive von der öffentlichen Hand anzubieten.

Service public und Einwanderungspolitik müssten in Verbindung gebracht und die am Wohlbefinden orientierten Dienstleistungen thematisiert und aufgewertet werden (WoZ Nr. 46, 2010). Wir von der Sans-Papiers-Bewegung sollten die sich abzeichnende Entwicklung hin zu einer erweiterten Einwanderungspolitik aufgreifen und sie menschenrechtlich, frauenpolitisch und wohlfahrtsökonomisch kritisch überprüfen und perspektivisch formulieren. Wir sollten auf die Realitätsblindheit des öffentlichen Migrationsdiskurses aufmerksam machen und das Denkkorsett des

Zwei-Kreise-Modells sprengen, statt die politischen Mechanismen hinzunehmen, die fortlaufend Menschen zu Sans-Papiers stempeln.

Die Forderung nach einer erweiterten Einwanderungspolitik statt bloss nach einer Regularisierung von einzelnen Härtefällen müsste auch das Paradox thematisieren, dass die für die einheimischen Pflege- und Betreuungsbedürftigen arbeitenden Sans-Papiers selbst von einer sozialen Absicherung und Altersvorsorge ausgeschlossen bleiben. Allerdings – wenn wir uns nicht nur am Wohlbefinden der einheimischen Bevölkerung, sondern an demjenigen der von der Migration abhängigen Weltbevölkerung orientieren – erfordert dies eine Verknüpfung von Migration mit einer globalen care-ökonomischen Sichtweise, welche den Blick auf den sogenannten Privatbereich und auf die Leistungen der öffentlichen Hand richtet.

Literatur

- AGGP (Aktion gesunde Grundheitspolitik), 2004: Manifest. Qualitätsabbau: Das Risiko dem Personal – die Folgen den PatientInnen. www.aggp.ch
- AGGP, 2011: Schwarzbuch. Wir können dich zwingen. Strukturelle Gewalt in Zürcher Spitälern, www.aggp.ch. (Die AGGP ist Ende der achtziger Jahre aus der Zürcher Spitalbewegung hervorgegangen und setzt sich politisch (und rechtlich) gegen die Abwertung des Gesundheitspersonals sowie der Pflegequalität ein.)
- Autorinnengruppe Feministische Ökonomie, 2010: Die Hälfte der Arbeit wird nicht bezahlt. In: WoZ, Nr. 46, Zürich
- Eijonay-Mäder, Denise / Schönenberger, Silvia / Steiner, Ilka, 2010: Leben als Sans-Papiers in der Schweiz. Entwicklungen 2000 – 2010. Eidg. Kommission für Migrationspolitik. Bern
- Folbré, Nancy, 2005: Demanding Quality: Worker / Consumer Coalitions and „High Road“ Strategies in the Care Sector. University of Massachusetts Amherst
- Gobet, Pierre / Spöndlin, Ruedi (Hrsg.), 2002: Spital AG? Deregulierung, Privatisierung, Ausgliederung. Zürich
- Jochimsen, Maren A., 2003: Careful Economics. Integrating Caring Activities and Economic Science. Kluwer Academic Press, Boston
- Longmann, Philip, 2010: Planet der Alten. Das Magazin 49, Zürich
- Madörin, Mascha, 2005: Pflege – eine Herausforderung für die Gesundheitsökonomie. In: Managed Care 7/8
- Dies., 2010a: Weltmarkterfolg auf Kosten der Frauen. Steuerpolitik, Care- und Genderregimes in der Schweiz. Widerspruch Heft 58, Zürich
- Dies., 2010b: Gesundheitsökonomie / Pflege, Faktenblatt vom 1.12.10
- Migration-Info, DE, 2011: Migration und Bevölkerung. Newsletter Mai
- Obsan fact sheet, 2009: Gesundheitspersonal in der Schweiz – Bestandesaufnahme und Perspektiven. Februar
- Olympe, 2004: Provokation. Heft 20, Zürich
- Safri, Maliha / Graham Julie, 2010: in Signs, Journal of Women in Culture and Society, vol. 36, no.1, University of Chicago